

Konferenz der Präsidenten der nationalen Parlamente
Sitz der Vereinten Nationen, New York, 30. August – 1. September 2000
organisiert von der Interparlamentarischen Union
in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen

Schlussklärung der Konferenz der Präsidenten der nationalen Parlamente

Erklärung im Konsens angenommen

Die parlamentarische Vision für die internationale Zusammenarbeit an der Schwelle zum dritten Jahrtausend

Wir, die Parlamentspräsidenten, kommen am Vorabend der Millenniumsversammlung am Sitz der Vereinten Nationen in New York zusammen, um uns zu unserer Verpflichtung zu internationaler Zusammenarbeit zu bekennen, in deren Mittelpunkt die gestärkten Vereinten Nationen stehen. Wir sind entschlossen sicherzustellen, dass unsere Parlamente einen substantielleren Beitrag zu dieser Zusammenarbeit leisten werden, indem sie der Stimme der Völker Gehör verschaffen und damit die demokratische Dimension der internationalen Entscheidungsfindung und Zusammenarbeit noch deutlicher sichtbar werden lassen. Um dabei mitzuhelfen, den Vereinten Nationen eine neue Dynamik zu verleihen, müssen die Parlamente stärker in deren Arbeit eingebunden werden, damit die einleitenden Worte der Charta der Vereinten Nationen „Wir, die Völker der Vereinten Nationen“ wirkliche Bedeutung erhalten.

Die wichtigsten Herausforderungen an der Schwelle zum dritten Jahrtausend

An der Schwelle zu einem neuen Jahrtausend müssen wir gemeinsam die in der Charta verankerten Ideale verfolgen und bestrebt sein, den großen Herausforderungen zu begegnen, denen sich die Menschheit gegenübersteht: Herbeiführung von Frieden und Sicherheit in der Welt, Demokratie, Achtung der Menschenrechte, nachhaltige Entwicklung und den sich daraus ergebenden sozialen Fortschritt.

Wir bekräftigen die Grundsätze der von der Interparlamentarischen Union verabschiedeten *Allgemeinen Erklärung über die Demokratie* und verpflichten uns, uns für die Schaffung einer Kultur der Demokratie einzusetzen. Ein gewähltes Parlament, das alle Teile der Gesellschaft vertritt und über die erforderlichen Befugnisse und Mittel verfügt, um durch die Verabschiedung von Gesetzen und die kontinuierliche Überwachung der Regierungstätigkeit dem Willen des Volkes Ausdruck zu verleihen, ist unerlässlich für die Gewährleistung der Rechte und Freiheiten der Menschen und die Sicherstellung von zivilem Frieden und harmonischer Entwicklung.

Demokratie beruht auf der Rechtsstaatlichkeit und der Achtung der Menschenrechte, die ihrerseits auf dem Grundsatz basieren, dass die Würde des Menschen durch nichts verletzt werden darf. Wir bekräftigen die Notwendigkeit, die Gleichstellung von Mann und Frau zu gewährleisten, und fördern auf diese Weise eine wirkliche Partnerschaft zwischen den Geschlechtern auf allen Ebenen. Wir bekräftigen die Notwendigkeit, ein Klima der Toleranz zu

fördern und Vielfalt, Pluralismus und das Recht auf Anderssein sicherzustellen, was auch den Schutz der Rechte von Minderheiten angehörenden Menschen einschließt.

Der Grundsatz, nach dem niemand über dem Gesetz steht und alle vor ihm gleich sind, muss auch für die Beziehungen zwischen den souveränen Staaten gelten, die rechtlich gleichgestellt sind und deren Völker das Recht auf Selbstbestimmung und auf freie und demokratische Wahl ihres politischen Systems haben.

Wir bekräftigen unsere Entschlossenheit, darauf hinzuwirken, dass unsere Staaten ihren in der Charta der Vereinten Nationen verankerten Verpflichtungen nachkommen. Die Staaten müssen sicherstellen, dass ihr Verhalten im Einklang mit dem Völkerrecht und insbesondere den Menschenrechten und dem humanitären Völkerrecht steht. Die Beachtung der Instrumente des humanitären Völkerrechts ist von grundlegender Bedeutung und wir werden uns weiterhin für die Schaffung eines Internationalen Strafgerichtshofes einsetzen, der nichtdiskriminierend und universell ist.

Wir bekräftigen erneut unser Eintreten für eine allgemeine und vollständige Abrüstung unter wirksamer Kontrolle, insbesondere für die nukleare Abrüstung und Beseitigung von Massenvernichtungswaffen, einschließlich chemischer und biologischer Waffen sowie „intelligenter“ Waffen und Antipersonenminen. Wir setzen uns gleichermaßen ein für eine Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Terrorismus, Drogenhandel und organisiertem Verbrechen.

Ein auf einem festen und sicheren Fundament basierender Frieden erfordert eine gerechtere Welt, und wir sind der festen Überzeugung, dass all unser zukünftiges Handeln darauf ausgerichtet sein muss, eine nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung sicherzustellen, in deren Mittelpunkt der Mensch steht. Wir müssen darauf hinwirken, nationale und internationale Verhältnisse zu schaffen, die förderlich sind für soziale Entwicklung, soziale Integration, Ausrottung von Armut und Abbau von Arbeitslosigkeit.

Die Erhaltung und bestmögliche Nutzung der Umwelt sind wesentliche Voraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklung. Daher dürfen wir unsere eigenen Bedürfnisse nicht auf Kosten künftiger Generationen erfüllen. In Übereinstimmung mit den Schlussfolgerungen des Erdgipfels müssen die Themen Wasser, Energie und Transport ebenso wie Möglichkeiten, die ökologischen Kosten und Vorteile mit wirtschaftlichen Interessen in Einklang zu bringen, und die derzeitigen Umweltauswirkungen auf die Gesamtwirtschaft weltweit mehr Aufmerksamkeit erhalten.

Die Globalisierung schafft eine neue Situation. Zunehmender Handel, neue Technologien, wachsende Auslandsinvestitionen und erweiterter Informationsaustausch sind treibende Kräfte für Wirtschaftswachstum und den Fortschritt der Menschheit. Diese Entwicklungen sind jedoch den Industrieländern stärker zugute gekommen als den Entwicklungsländern, und letztere haben große Probleme bei der Umsetzung internationaler Handelsvereinbarungen. Es muss sichergestellt werden, dass die Chancen und Vorteile der Globalisierung mehr Menschen zugute kommen und das Recht auf Entwicklung geachtet wird. Hier muss die Welthandelsorganisation bestrebt sein, einen freien und fairen Handel sicherzustellen, der zu langfristigen und nachhaltigen Vorteilen führt.

In den ärmsten Ländern der Welt ist die Schuldenlast ein wesentlicher Hemmschuh und ein sehr reales Hindernis für die Entwicklung. Wir fordern die Staatengemeinschaft nachdrücklich auf, die durch den Wechsel in ein neues Jahrtausend entstandene Dynamik zu nutzen, die Schuldenlast dieser Länder drastisch zu reduzieren sowie die Staatsschulden der hochver-

schuldeten armen Staaten zu streichen. Diese Maßnahmen sollten so durchgeführt werden, dass eine Verlagerung der Belastung auf andere Entwicklungsländer vermieden wird. Die Schuldnerländer ihrerseits müssen transparente Kontrollmechanismen einführen, um sicherzustellen, dass die Vorteile eines Schuldenerlasses der sozioökonomischen Entwicklung ihrer Völker zugute kommen. Wir fordern ebenfalls verstärkte Bemühungen mit dem Ziel, die Tendenz abnehmender staatlicher Entwicklungshilfe umzukehren.

Die Vereinten Nationen im 21. Jahrhundert

Wir bekräftigen unser Eintreten für die Ziele und Grundsätze, die in der Charta der Vereinten Nationen und in den seit der Gründung dieses Weltforums verabschiedeten internationalen Instrumenten festgelegt sind. Wir sind der Überzeugung, dass die Vereinten Nationen mehr als je zuvor gebraucht werden und der Eckpfeiler einer starken und wirksamen weltweiten Zusammenarbeit bleiben müssen. Wir bekräftigen erneut unsere Entschlossenheit, die Weltorganisation zu stärken, und fordern die Mitglieder nachdrücklich auf, ihr die notwendigen Human- und Finanzressourcen zur Verfügung zu stellen.

Der Reformprozess der Vereinten Nationen muss fortgesetzt und zum Abschluss gebracht werden. Grundlage der Reformen muss die strikte Einhaltung der Grundsätze der Demokratie und die Achtung der souveränen Gleichheit aller Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen sein. Wir verpflichten uns, uns für dieses Ziel einzusetzen. Wir müssen ebenfalls darauf hinwirken, dass sichergestellt wird, dass die Vereinten Nationen das wichtigste Forum für die Debatte über Entwicklungshilfe sind.

Die Entwicklung der internationalen Beziehungen

Bei den internationalen Beziehungen hat eine tiefgreifende Entwicklung stattgefunden: sie sind nicht mehr nur auf die traditionelle Diplomatie beschränkt. Durch den Ausbau der multilateralen Zusammenarbeit, deren Aktionsradius unaufhörlich wächst, haben die internationalen Beziehungen neue Facetten erhalten. Die internationale Zusammenarbeit erfordert künftig neue Arbeitsmethoden und die Beteiligung neuer Akteure. Vor allem die Umsetzung der in den internationalen und regionalen Gremien eingegangenen Verpflichtungen, die heute bedeutender sind als je zuvor, erfordert die Mitwirkung der Parlamente, und viele der von den Parlamenten auf nationaler Ebene behandelten Themen haben eine internationale Dimension.

Diese neuen Ansätze gewinnen im Lichte der weitreichenden globalen Veränderungen der letzten Jahre an Bedeutung. Wir sind Zeuge einer technologischen Revolution von beispiellosem Ausmaß. Außergewöhnliche Fortschritte im Bereich der Kommunikation ermöglichen es heute, Ereignisse in der ganzen Welt unmittelbar mitzuverfolgen. Unsere Welt erscheint uns immer mehr als ein *globales Dorf*, das für eine Welt, die immer mehr zusammenrückt, steht - eine Welt, in der sich die gegenseitigen Abhängigkeiten von Tag zu Tag dramatisch vergrößern. Wirtschaftsaktivitäten aller Art, im In- und Ausland, von nationalen und transnationalen Unternehmen, Investitionen, Handel und grenzüberschreitende Kapitalströme führen die Staaten der Welt immer enger zusammen, ebenso wie die wachsende Erkenntnis, dass die Ressourcen der Welt nicht unerschöpflich sind.

Die wachsende Komplexität und Globalisierung der Entwicklungen im politischen, wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und kulturellen Bereich zwingen die Parlamente und ihre Mitglieder immer mehr, ihren Aufgaben nachzukommen und den Bürgern und der Gesell-

schaft insgesamt zu ermöglichen, die Zusammenhänge zwischen der Globalisierung und dem eigenen Alltag zu verstehen und zu bewältigen und die Besorgnisse der Bürger in der nationalen und internationalen Politik zum Ausdruck zu bringen. Andernfalls besteht die große Gefahr, dass die internationale Zusammenarbeit und die Entscheidungsfindung schließlich als Bedrohung für nationale oder lokale Interessen oder sogar für die Demokratie angesehen werden.

Die Globalisierung und die Dominanz wirtschaftlicher Faktoren bei der Entwicklung der Staaten erfordern eine Stärkung des politischen Prozesses und der Beziehung zwischen Bürgern und ihren Vertretern. Daher müssen wir die Rolle der Parlamente und ihrer Mitglieder als Vermittler zwischen einem komplexen internationalen Entscheidungsprozess und den Bürgern festigen.

Die parlamentarische Dimension der internationalen Zusammenarbeit

Wir fordern alle Parlamente und ihre Weltorganisation - die Interparlamentarische Union - auf, der internationalen Zusammenarbeit eine parlamentarische Dimension zu verleihen. Ein Parlament besteht aus Männern und Frauen, die vom Volk gewählt wurden, um dieses zu vertreten und seinen Erwartungen Ausdruck zu verleihen. Es ist das Organ des Staates, welches der Gesellschaft in all ihrer Vielfalt ermöglicht, sich am politischen Prozess zu beteiligen. Da es die Souveränität des Volkes verkörpert, kann es in aller Legitimität einen Beitrag dazu leisten, den Willen der Staaten international zum Ausdruck zu bringen.

Um dieser parlamentarischen Dimension Gestalt zu verleihen, müssen die Parlamente und ihre Mitglieder größere Verantwortung in den internationalen Beziehungen übernehmen, eine aktivere Rolle auf nationaler, regionaler und globaler Ebene spielen und generell die parlamentarische Diplomatie stärken.

Die parlamentarische Dimension muss von den Parlamenten selbst zunächst auf nationaler Ebene auf vier verschiedenen, aber miteinander verknüpften Wegen konkretisiert und verdeutlicht werden:

- (i) Einflussnahme auf die Politik ihrer jeweiligen Staaten bei Fragen, die von den Vereinten Nationen und anderen internationalen Gremien behandelt werden;
- (ii) Ständiger und aktueller Kenntnisstand über Ablauf und Ergebnis dieser Verhandlungen;
- (iii) Beschlüsse zur Ratifizierung, soweit in der Verfassung vorgesehen, der von den Regierungen unterzeichneten Dokumente und Verträge;
- (iv) Aktiver Beitrag zum anschließenden Umsetzungsverfahren.

Um dieses Ziel zu erreichen, verpflichten wir uns, in unseren Parlamenten zu prüfen, wie wir die derzeitigen parlamentarischen Verfahren am besten nutzen können, damit die Parlamente mit aktiver Beteiligung aller Parteien und Mitglieder einen angemessenen Beitrag zu den Regierungsverhandlungen auf internationaler Ebene leisten können. Die Informationsbeschaffung sollte verstärkt werden, damit die Parlamente über die Entwicklung bedeutender internationaler Fragen auf dem Laufenden sind. Die Parlamente sollten ferner eine aktivere Rolle bei den Verfahren der Ratifizierung und Einhaltung internationaler Vereinbarungen spielen. Ganz generell obliegt den Parlamenten eine besondere Verantwortung dafür, den ständigen Dialog mit den Bürgern in Gang zu halten und die Einbeziehung der Bürger in den Entscheidungsprozess zu fördern.

Auf regionaler Ebene sollten die Parlamente die regionalen interparlamentarischen Organisationen besser nutzen und sich bemühen, über diese auf die entsprechenden zwischenstaatlichen Gremien Einfluss zu nehmen. Die Parlamente sollten die Arbeit dieser Organisationen sorgfältig prüfen mit dem Ziel, die Effizienz zu steigern und Überschneidungen zu vermeiden. Sie sollten ebenfalls einen Erfahrungsaustausch anstreben, um die nationale Gesetzgebung zu verbessern und zu vereinfachen.

Auf internationaler Ebene sollte parallel zur Stärkung des politischen Beitrags der nationalen parlamentarischen Einrichtungen zum Prozess der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit der Status der Interparlamentarischen Union als Weltorganisation für die interparlamentarische Zusammenarbeit und als Vermittlerin der Visionen und der Ziele ihrer Mitglieder bei den zwischenstaatlichen Organisationen gefestigt werden.

Somit bekräftigen wir feierlich unsere Unterstützung für die Interparlamentarische Union und unsere Entschlossenheit, mit neuer Kraft an ihrer Arbeit mitzuwirken und somit der IPU die Mittel für eine uneingeschränkte Erfüllung der ihr übertragenen Aufgaben an die Hand zu geben. Dabei fordern wir ebenfalls die IPU auf, in der Satzung und bei den Strukturen die erforderlichen Reformen durchzuführen, die für eine Stärkung der Organisation und ihrer institutionellen Beziehungen zu den Parlamenten erforderlich sein könnten.

Mit der Umsetzung dieser Erklärung wollen wir einen angemessenen Beitrag zur internationalen Zusammenarbeit leisten und der Stimme der Völker bei den Vereinten Nationen Gehör verschaffen und somit danach streben, die hohen, in der Charta verankerten Ideale zu verwirklichen und den Herausforderungen zu begegnen, denen sich die Weltgemeinschaft gegenüber sieht bei der Herbeiführung von Frieden, Demokratie, nachhaltiger Entwicklung und sozialem Fortschritt.

Wir beschließen, dieses Dokument unseren Parlamenten in angemessener Weise zu übermitteln und diese dringend zu ersuchen, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um die praktische und wirksame Umsetzung dieses Dokuments zu gewährleisten. Wir ersuchen ferner unsere Regierungen, diese Erklärung der Generalversammlung der Vereinten Nationen zur Erörterung vorzulegen. Schließlich fordern wir die Vereinten Nationen und die Interparlamentarische Union auf, ihre institutionellen Beziehungen und ihre praktische Zusammenarbeit zu verstärken.